



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 248-2020
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.319

Eingereicht am: 16.09.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Bauer (Wabern, SP) (Sprecher/in)
Ammann (Bern, AL)
Streit-Stettler (Bern, EVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 26.11.2020

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Evakuieren jetzt! Geflüchtete aus Griechenland brauchen unseren Schutz!

Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Bund vorstellig zu werden und seine Bereitschaft zu signalisieren, zusätzlich zum gesetzlich definierten Verteilschlüssel (Art. 21 Asylverordnung 1) ein Kontingent von Geflüchteten, die in Griechenland gestrandet sind, aufzunehmen. In der Schweiz soll ihr Asylgesuch danach regulär behandelt werden.

Begründung:

Auf den griechischen Inseln in der Ägäis ereignet sich vor unseren Augen eine humanitäre Katastrophe. Mehrere zehntausend Geflüchtete aus Kriegs- und Konfliktgebieten sind dort gestrandet, ohne dass sie Schutz erhalten. Die medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet, und selbst das Recht auf ein Asylgesuch ist zeitweise ausgesetzt. Besonders dramatisch ist die Situation im Camp Moria auf der Insel Lesbos.

Der griechische Staat ist nicht in der Lage, die grosse Anzahl Geflüchtete angemessen zu betreuen und die Asylgesuche in sinnvoller Zeit zu bewältigen. Diese Situation ist sehr problematisch. Nun müssen alle europäischen Staaten ihre Verantwortung wahrnehmen und den griechischen Staat entlasten helfen. Aufgrund ihrer geographischen Lage im Herzen Europas ist die Schweiz nicht gleichermassen mit Asylgesuchen konfrontiert wie die Länder an den Aussengrenzen und profitiert deshalb in hohem Masse vom Dublin-System.

50 000 Schweizerinnen und Schweizer haben diesen Frühling den Osterappell «Evakuieren jetzt!» unterzeichnet. Der Appell ruft den Bundesrat und das Parlament eindringlich dazu auf, möglichst viele Geflüchtete aus der Ägäis in die Schweiz zu holen. In der Motion 20.3143 «Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens» fordert das nationale Parlament, dass die Schweiz mehr

tun muss. Und bereits haben mehrere Schweizer Städte mehrfach dem Bund ihre Bereitschaft signalisiert, Geflüchtete aus den Camps in Moria und Lesbos direkt aufzunehmen.

Für das Unterbringen der Asylsuchenden sind im Schweizer System die Kantone zuständig. Die Zuweisung in die Kantone erfolgt nach einem gesetzlich definierten bevölkerungsproportionalen Verteilschlüssel. Die Bereitschaft des Kantons Bern, zusätzlich zum definierten Verteilschlüssel Geflüchtete aufzunehmen, ist ein wichtiges Angebot an den Bundesrat, mit der Unterstützung eines grossen Kantons die Direktaufnahme von Geflüchteten endlich möglich zu machen. Dies könnte auch andere Kantone dazu bewegen, sich anzuschliessen und einen Beitrag zur Lösung der humanitären Katastrophe in Griechenland zu leisten.

Begründung der Dringlichkeit: Die Situation in Griechenland spitzt sich mit dem Brand im Camp Moria dramatisch zu. Es braucht jetzt schnelle Unterstützungsmassnahmen der Dublin-Staaten.

Verteiler

– Grosser Rat